

ANTRAG

der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SPD und DIE LINKE

Klare Haltung einnehmen zum militärischen Vorgehen Russlands gegen die Ukraine und dessen Konsequenzen für die Landespolitik

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Souveränität und die territoriale Integrität von Staaten sind nicht verhandelbar. Jede Verletzung stellt einen Bruch verbindlichen Völkerrechts dar. Der Landtag verurteilt entsprechende Handlungen Putins und der russischen Staatsführung aufs Schärfste. Alle Staaten haben das Recht, sich für Freiheit und Demokratie zu entscheiden.
2. Mit der Entsendung russischen Militärs in die Ukraine und dem damit verbundenen Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot haben die seit vielen Jahren anhaltenden Aggressionen Russlands gegenüber der Ukraine eine neue Stufe erreicht.
3. Die vermeintliche Kompromissbereitschaft Russlands, die in den Gesprächen mit internationalen Vertretern in den vergangenen Wochen signalisiert wurde, hat sich als Täuschung herausgestellt. Deutschland und damit auch Mecklenburg-Vorpommern stehen solidarisch an der Seite der Ukraine und der ukrainischen Bevölkerung. Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern teilen die Sorgen ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die um das Leben und die Gesundheit von Angehörigen und Freunden in der Ukraine bangen. Schutzsuchende und Vertriebene aus der Ukraine wird Mecklenburg-Vorpommern aufnehmen und mit den Kommunen Unterbringungsmöglichkeiten vorbereiten.
4. Größere Teile der russischen Bevölkerung billigen das Vorgehen Putins und der russischen Staatsführung offenkundig nicht. Wie seit langem werden jedoch sowohl Demonstrationen als auch die Berichterstattung über eine kritische Opposition in der Russischen Föderation durch Putin und die russische Staatsführung gewaltsam unterdrückt. Der Landtag stellt daher fest, dass sich die Aggression Putins und der russischen Staatsführung auch gegen Teile der russischen Bevölkerung richtet.

5. In der aktuellen Lage ist es von besonderer Bedeutung, dass politische Handlungen der Landesregierung den außenpolitischen Anstrengungen der Bundesregierung und der Europäischen Union nicht entgegenstehen oder diese zu relativieren versuchen.
 6. Der Landtag stellt sich ausdrücklich hinter den außenpolitischen Kurs der Bundesregierung, dass sich Deutschland in der EU, im Rahmen der Östlichen Partnerschaft und in enger Abstimmung mit den USA und den anderen NATO-Staaten an entschiedenen Sanktionen beteiligen wird. Zugleich spricht sich der Landtag dafür aus, alle ernsthaften diplomatischen Möglichkeiten zu nutzen, den Krieg zu beenden.
 7. Der Landtag bekräftigt ausdrücklich die Entscheidung der Bundesregierung, das Verfahren zur Zertifizierung und Inbetriebnahme der Pipeline Nord Stream 2 auszusetzen.
 8. Der Landtag bekräftigt ausdrücklich die Entscheidung der Landesregierung, die Planungen für den kommenden „Russlandtag“ auszusetzen.
 9. Der Landtag bekräftigt ausdrücklich den Vorschlag der Landesregierung, den Geschäftsbetrieb der landeseigenen „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ Klimastiftung ruhen zu lassen.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
1. alles zu unterlassen, was den außenpolitischen Zielen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union entgegensteht oder diese relativiert.
 2. das Format des „Russlandtags“ unter den aktuellen Gegebenheiten und insbesondere auch im Hinblick auf die überschaubare außenwirtschaftliche Relevanz Russlands für unser Bundesland grundlegend zu überdenken und zu einem Ostseerainer-Tag weiterzuentwickeln.
 3. darauf hinzuwirken, dass die „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ nicht fortbesteht.
 4. die Zusammenarbeit im Rahmen des Partnerschaftsabkommens mit dem Oblast Leningrad bis auf Weiteres auszusetzen und keine neuen Kooperationen unter jeglicher russischer Regierungsbeteiligung anzustreben. Der kulturelle und soziale Austausch mit der russischen Zivilbevölkerung soll angemessen fortgeführt werden.
 5. das Kontaktbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern in der Russischen Föderation bis auf Weiteres zu schließen und die Arbeit des Beauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern bis auf Weiteres einzustellen.

Franz-Robert Liskow und Fraktion

Dr. Harald Terpe und Fraktion

René Domke und Fraktion

Julian Barlen und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion

Begründung:

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt einen Bruch mit der Charta der Vereinten Nationen und mit der europäischen Friedensordnung dar. Er ist mit nichts zu rechtfertigen. Die seit Jahren anhaltenden Versuche Russlands, die Ukraine zu destabilisieren, haben mit der jüngsten Entscheidung des russischen Präsidenten Putin nun eine neue Eskalationsstufe erreicht. Darauf gilt es, angemessen zu reagieren.

Die Bundesregierung hat am Mittag des 22. Februar 2022 als direkte Reaktion auf die Entsendung von russischen Truppen verkündet, dass der bestehende Bericht zur Analyse der Versorgungssicherheit bei der Bundesnetzagentur zurückgezogen und die Inbetriebnahme der Gas-Pipeline Nord Stream 2 nicht vorangetrieben wird. Dieser Prozess war laut Aussagen des Bundeswirtschaftsministeriums bereits in den vergangenen Wochen und Monaten vorbereitet worden.

Der wirtschaftliche Dialog mit Partnerländern sowie der intensive gesellschaftliche und kulturelle Austausch mit Partnerregionen stellen für das Land Mecklenburg-Vorpommern eine wertvolle Bereicherung dar. Mit der Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine bricht Russland auch seine Verpflichtung als ständiges Mitglied zur Umsetzung der Minsker Vereinbarung gemäß der Resolution Nr. 2202 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Es ist nicht weiter vertretbar, den Russlandtag in Mecklenburg-Vorpommern fortzuführen. Neben den aktuellen Verletzungen des Völkerrechts durch Russland sprechen auch die wirtschaftlichen Verhältnisse deutlich für eine Ausweitung des Konzepts. Daher ist die Entscheidung der Landesregierung, den Russlandtag auszusetzen, richtig. In Verbindung mit den Geschehnissen und den bereits genannten völkerrechtlichen Vergehen ist das Ruhenlassen der regionalen Partnerschaft mit der Region Oblast Leningrad ebenfalls angebracht.